

II- 1995 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10191J  
1977 -03- 02

A n f r a g e

der Abgeordneten PETER, DVw. JOSSECK  
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst  
betreffend Bundestheatergesetz

Meldungen der Tagespresse ist zu entnehmen, daß das Defizit der Bundestheater 1977 die Höhe von 946 Millionen Schilling erreichen wird, was eine durchschnittliche Subvention pro Sitz, Abend und Vorstellung von 520 Schilling notwendig macht.

Sollten die Steigerungsraten der Abgänge beibehalten werden, ist damit zu rechnen, daß im Budgetjahr 1978 das Defizit der Bundestheater erstmalig die Milliardengrenze überschreiten wird.

Im Zusammenhang mit dieser den Staatshaushalt belastenden Subvention erscheint es befremdend, daß seitens des zuständigen Bundesministeriums für Unterricht und Kunst keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, der Kostenexplosion durch entscheidende legistische Maßnahmen bzw. Reorganisation des Verwaltungsapparates entgegenzuwirken.

Dazu sollte in erster Linie der von der Bundesregierung am 16.4.1974 im Ministerrat verabschiedete Entwurf eines Bundestheatergesetzes dienen, von dem der Ressortminister gegenüber der Zeitung "Die Presse" festgestellt hat, "man könne dabei von einem historischen Augenblick sprechen, da man sich viele Jahre vergeblich bemüht habe, die kammeralistische Verwaltung auszuschalten". Durch die Umwandlung der Rechtsform der Bundestheater in einen Fonds sollte der Grundsatz der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit gewährleistet werden.

- 2 -

Angesichts der weiteren Steigerung des Defizits und der noch immer fehlenden gesetzlichen Grundlagen zur Führung des Theaterkonzerns richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst die

A n f r a g e :

1. Wann wird dem Nationalrat nunmehr ein Entwurf betreffend Bundes-theatergesetz zugeleitet werden?
2. Sollte dies nicht beabsichtigt sein, welche anderen legislatischen Maßnahmen für die Bundestheater planen Sie in der laufenden Legislaturperiode?
3. Welche konkreten Gründe lagen vor, die seinerzeit fertiggestellte Regierungsvorlage keiner weiteren Behandlung zuzuführen?

Wien, 1977-03-02